

Deutschland-Heilbronn: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
OJ S 111/2023 12/06/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Heilbronn

Postanschrift: Rollwagstraße 16

Ort: Heilbronn

NUTS-Code: DE117 Heilbronn, Stadtkreis

Postleitzahl: 74072

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle.amthn@vbv.bwl.de

Telefon: +49 7131-64-37424

Fax: +49 7131-64-37499

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vermoegenundbau-bw.de/ueber-uns/standorte/amt-heilbronn

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://vergabe.landbw.de/NetServer/PublicationControllerServlet?function=Detail&TWOID=54321-Tender-184ec39358e-1e7a8d9a30e0583f>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabe.landbw.de/>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wirtschaft und Finanzen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Architektenleistungen nach Teil 3 Abschnitt 1 HOAI

Referenznummer der Bekanntmachung: 22-40376

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

74564 Crailsheim, Parkstr. 7 und 7/1, Polizeirevier Crailsheim, Sicherungsmaßnahmen
Objektplanungsleistungen für Gebäude nach Teil 3, Abschnitt 1 der HOAI.

Brandschutz- und sicherheitstechnische Ertüchtigung der zwei drei-/viergeschossigen Bestandsgebäude mit Verbindungsgang, Bj. 1845 / Anbau Bj. 1991 in zwei Bauabschnitten:
BA 1 - Vorabmaßnahmen und energetische Sanierung der Gebäudehülle: -Aufbringen eines Wärmedämmverbundsystems -Erneuerung Fenster und Türen einschl. Sonnenschutz -PV-Anlage -Vorabmaßnahmen Brandschutz und Sicherung -Außensicherung des Polizeireviers - E-Mobilität -Rückbau der Glasfassade des Verbindungsbaus und Neugestaltung der Außenhülle des Verbindungsbaus

BA 2 - Brandschutz und Sicherungsmaßnahmen (nach RisPol): -Umbau Sicherheitsbereich - Ertüchtigung Haftzellen -Sicherung Asservatenräume -Brandwarnanlage -Sanierung der Sanitäranlagen -Herstellen der Barrierefreiheit ins Erdgeschoss -Erneuerung der technischen Anlagen (neue Verkabelung, Lüftung, Fernwärme, Klimatisierung) -LAN 2030 -Malerarbeiten im Innenbereich -Außenanlage (Fahrradüberdachung, Sicherung Asservatenraum in der Tiefgarage, Oberflächengestaltung des Innenhofs)

Die Maßnahme wird bei laufendem Betrieb ausgeführt. Die Interimsunterbringung ist für den 2. Bauabschnitt zu prüfen und zu planen. Als Interimsunterbringung kann eine Containeranlage aufgestellt werden.

Die Bauwerkskosten (KG 300 + 400) belaufen sich auf rd. 6,5 Mio. € brutto, davon entfallen auf KG 300 rd. 3.950.000 € und KG 400 rd. 2.550.000 €.

Ausführungstermin: 10/2023 - 09/2028

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 631 826,76 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE Deutschland

Hauptort der Ausführung: 74564 Crailsheim, Parkstr. 7 +7/1

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Architektenleistungen nach Teil 3 Abschnitt 1 HOAI: Gebäude.

Grundleistungen der LPH 1-9 sowie Besondere Leistungen der Leistungsphasen 8 und 9.

Die Bewerbung hat mit dem vom Auftraggeber vorgegebenen Teilnahmeantrag zu erfolgen. Der Teilnahmeantrag ist unter der in der EU-Bekanntmachung unter Ziffer I.3 aufgeführten Internetadresse herunterladbar.

Bieter sowie deren Nach- und Verleihunternehmer haben mit Angebotsabgabe die einschlägigen Verpflichtungserklärungen nach § 5 LTMG, einsehbar unter "<https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wirtschaft/tariftreue/seiten/mustererklaerungen/>", abzugeben. Dieses Verfahren wird unter der Vergabenummer 22-40376 durchgeführt. (Bei Rückfragen bitte angeben)

Zur Ausführung der Leistungen darf nur Personal eingesetzt werden, welches zuvor zuverlässigkeitsüberprüft wurde und keine negativen Anhaltspunkte vorliegen.

Die Maßnahme wird als Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD.) behandelt

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 631 826,76 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/10/2023 Ende: 30/09/2028

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Entsprechend der in den Teilnahmebedingungen unter Ziffer III.1.3) aufgeführten Kriterien der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Leistungen werden stufenweise beauftragt.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Name der Bewerberin oder des Bewerbers sowie Name und berufliche Qualifikation der vorgesehenen Projektleiterin oder des vorgesehenen Projektleiters.

Im Falle einer Arbeitsgemeinschaft Angabe des bevollmächtigten Vertreters.

Erklärung, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen.

Erklärung, ob Ausschlussgründe nach § 123 oder § 124 GWB vorliegen.

Hinweis:

Maßnahmen der Bewerberin oder des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB sind als gesonderte Erklärung mit der Bewerbung einzureichen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Erklärung, dass eine Berufshaftpflichtversicherung mit den gemäß Bewerbungsformblatt geforderten Deckungssummen vorliegt beziehungsweise vor Vertragsschluss besteht. Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr beträgt mindestens das Zweifache der Deckungssumme.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angabe des Auftragsanteils für den möglicherweise Unteraufträge erteilt werden.

Erklärung über die Gewährleistung des Datenaustauschs gemäß Teilnahmeantrag.

Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern nach Ziffer II.2.9):

Erklärung über die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren.

Liste der wesentlichen, in den letzten fünf Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe der Bauwerkskosten, der Leistungszeit, des Auftraggebers und der bearbeiteten Leistungsphasen.

Präsentation von zwei im Wesentlichen realisierten Referenzobjekten, deren Planungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Die erforderlichen Angaben sind dem Teilnahmeantrag zu entnehmen.

Hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Referenzobjekte sowie der Eignung im Hinblick auf die beschriebenen spezifischen Anforderungen werden die in der bereitgestellten Matrix aufgeführten Kriterien zur Wertung herangezogen.

Die Präsentation der Referenzobjekte soll auf max. 5 Seiten, Format max. A 3 erfolgen.

Hinweis:

Bewerber-/Bieter- und Arbeitsgemeinschaften haben gemeinschaftlich die geforderten Referenzen vorzulegen. Der Bewerber-/Bieter- und Arbeitsgemeinschaften können dabei Referenzen aller Mitglieder der Bewerber-/Bieter- und Arbeitsgemeinschaft zugerechnet werden.

Ist vorgesehen, einzelne Leistungen an eine Unterauftragnehmerin oder einen Unterauftragnehmer zu vergeben und soll deren oder dessen Eignung bei der Bewertung der Referenzen berücksichtigt werden, sind diese Leistungen schlüssig darzustellen und die nachfolgenden Ausführungen zur Eignungsleihe zu beachten.

Im Fall einer Eignungsleihe, sind die Referenzen jeweils für das Büro vorzulegen, auf dessen Eignung sich der Bewerber beruft. Zudem ist eine Erklärung dieses Büros vorzulegen, dass dem Bewerber die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden und keine Ausschlussgründe vorliegen.

Für die notwendigen Erklärungen sind die den Vergabeunterlagen beigelegten Muster zu verwenden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Mindestanforderung zur Referenzliste: Die Leistungsphasen 1 bis 6 müssen bei den aufgeführten Referenzen abgeschlossen sein.
- Mindestanforderung Präsentation Referenzobjekte: bei beiden Referenzen muss es sich um einen Umbau handeln.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 10/07/2023 Ortszeit: 23:59

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 24/07/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

Die Teilnahmeanträge sind mit dem vom Auftraggeber vorgegebenen Teilnahmeantrag (abrufbar auf der unter Ziffer I.3 aufgeführten Internetadresse) und den geforderten Erklärungen und Nachweisen zwingend innerhalb der Bewerbungsfrist in Textform über die Vergabepattform einzureichen.

Bewerbungen in Papierform, per Telefon, Telefax oder E-Mail sind nicht zugelassen.

Die den Vergabeunterlagen beiliegende Eigenerklärung bezüglich eventueller Verbindungen mit Russland ist zwingend auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Liegt die Eigenerklärung nicht vor, kann dies zum Ausschluss am Vergabeverfahren führen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist entsprechend § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Heilbronn

Postanschrift: Rollwagstraße 16

Ort: Heilbronn

Postleitzahl: 74072

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle.amthn@vbv.bwl.de

Telefon: +49 7131-64-37424

Fax: +49 7131-64-37499

Internet-Adresse: www.vermoegenundbau-bw.de/ueber-uns/standorte/amt-heilbronn

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

07/06/2023